

## **Prüfsteine für den Politikwechsel**

Mehr Chancen durch mehr Freiheit. Mit unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 zeigen wir unsere freiheitliche Haltung. Wir streben einen echten Politikwechsel an. Entscheidend für uns sind inhaltliche Übereinstimmungen mit möglichen Partnern.

Anhand der vorliegenden „Prüfsteine“ zeigen wir auf, was unser Programm ausmacht. Sie sind als Leitlinien zu verstehen, welche die Richtung vorgeben sollen, die eine Regierung unter freidemokratischer Beteiligung einschlagen würde.

Wir haben die Überzeugung, den Willen und die Kraft, die Zukunft unseres Landes entlang dieser Leitlinien zu gestalten. Wir fordern unsere politischen Mitbewerber auf, sich zu den jeweiligen "Prüfsteinen" zu äußern.

### **Themenkomplex 1: Bildung**

- Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich am Wohl der Schüler orientiert. Daher lehnen wir ideologische Grabenkämpfe um Schulsysteme ab und wollen uns auf eine Qualitätsdebatte im Bildungssystem konzentrieren.
- Wir streben einen stabilen Schulfrieden an, um Planungssicherheit und verlässliche Bedingungen für die am Bildungswesen Beteiligten zu schaffen. Insbesondere wollen wir die Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden und stattdessen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten schaffen.
- Wir wollen allen Schulen bzw. ihren Schulträgern und den Bildungsregionen die Freiheit geben, die jeweilige Schulform in eigener Verantwortung auszugestalten. Für alle Schulen wollen wir durch mehr eigene Verantwortung größere Gestaltungsräume eröffnen.
- Wir wollen das Gymnasium in seinem Bestand erhalten und stärken. Wir lehnen alle Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Schularten wie einen Einheitsbildungsplan, ein sogenanntes „Abschulungsverbot“, oder eine Niveauabsenkung des Abiturs ab und werden die entsprechenden Maßnahmen rückgängig machen.
- Wir wollen allen Gymnasien die Freiheit lassen, die zugewiesenen Lehrerwochenstunden bzw. ihre gerechte Ausstattung mit Personalmitteln auf acht oder neun Jahre zu verteilen.
- Wir wollen den Realschulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ob sie mit innerer oder äußerer Differenzierung auf den Hauptschulabschluss bzw. die Mittlere Reife vorbereiten.
- Wir wollen nach einer Evaluation entscheiden, ob es notwendig ist, die verbindliche Grundschulempfehlung mit Öffnungsklausel wieder einzuführen.

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG  
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- Wir verstehen Bildung und berufliche Ausbildung als lebenslangen Prozess. Wir werden deshalb die existierenden Weiterbildungssysteme nicht nur sichern, sondern modernisieren und ausbauen, sodass jeder Mensch die Bildungsanteile erwerben kann, die für seine persönlichen Ziele wichtig sind.
- Hochschulen und duales Ausbildungssystem betrachten wir als gleichwertig. Berufsschule und Berufskolleg sind besser auszustatten als bisher.
- Wir wollen die Autonomie der Hochschulen bei der Ausgestaltung eines vielfältigen Studienangebots erhalten und erweitern.
- Wir wollen eine dauerhafte verlässliche Finanzierung, insbesondere auch für die Hochschule für Angewandte Wissenschaft und die Duale Hochschule.
- Wir wollen jedem Studierenden das Recht einräumen, den Austritt aus der verfassten Studierendenschaft zu erklären. Wir setzen uns für eine höhere Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel ein.

**Themenkomplex 2: Wirtschaft, Finanzen und Infrastruktur**

- Wir wollen dem Mittelstandsland Baden-Württemberg wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium geben, das mit seiner Zuständigkeit für Wirtschaft, Energie und Infrastruktur sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft konzentrieren kann.
- Wir wollen einen auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gegründeten Landeshaushalt vorlegen, der Schuldenabbau, Steuersenkungen und Investitionen in die Infrastruktur möglich macht.
- Das von der grün-roten Landesregierung eingeführte Bildungszeitgesetz wollen wir ebenso wieder abschaffen wie das europarechtswidrige Tariftreue- und Mindestlohngesetz. Wir wollen auch die überzogenen Regeln der seit April 2015 geltenden Landesbauordnung zurücknehmen und privaten Bauherren wieder mehr Gestaltungsspielraum verschaffen.
- Wir wollen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung, die auf Energieeffizienz, Blaues Wachstum und Innovation, anstatt auf Subventionen fußt. An der Grundfinanzierung der regionalen Energieagenturen als entscheidende Schrittmacher wollen wir uns beteiligen.
- Wir wollen den Meisterbrief als elementares Merkmal für Qualität und Ausbildungsmotivation im Handwerk erhalten. Er ist zentraler Bestandteil unserer Wirtschaftskultur und Garant für Ausbildung und Beschäftigung. Wir stehen zur Dualen Ausbildung als Basis für die berufliche Qualifikation und als wesentliche Grundlage für die Gewinnung von Fachkräften.
- Wir wollen aus den Mitteln der Landesstiftung eine Zukunftsinitiative in Höhe von einer Milliarde Euro zur Verbesserung von Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur auflegen. Wir wollen auch durch Veräußerung von Landesvermögen und Unternehmensbeteiligungen an

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG  
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

der LBBW, dem Stuttgarter Flughafen und der EnBW notwendige Mittel für Investitionen in die Infrastruktur und für die Entschuldung des Landes bereitstellen.

- Wir wollen ein Straßenbau-Impulsprogramm Südwest. Denn wer den Wohlstand sichern will, braucht gute Verkehrswege.
- Wir wollen kein allgemeines Tempolimit einführen
- Wir wollen für eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen bei Kabel und Funk sorgen, so dass zeitnah alle Haushalte und Unternehmen über mindestens 50 Mbit/s verfügen.
- Wir wollen die Vorschriften im Wohnungsbau vereinfachen, die Verfahren beschleunigen und neue Flächen für den Wohnungsbau ausweisen, um auf die große Nachfrage nach Wohnraum und die steigenden Preise reagieren zu können.

**Themenkomplex 3: Rechtsstaat**

- Wir wenden uns gegen jede weitere Einschränkung der Bürgerrechte, wie die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, insbesondere bei Telekommunikations- Maut und Fluggastdaten.
- Wir wollen die Polizeistrukturereform zeitnah evaluieren und die notwendigen Korrekturen vornehmen. Die Polizei in der Fläche wollen wir mit 1000 neuen Stellen vor allem in den 146 Polizeirevieren stärken.
- Wir wollen die Absenkung der Eingangsbesoldung für Nachwuchsbeamte und -Richter rückgängig machen und attraktive Einstellungsbedingungen für junge Beamte und Richter anbieten.

**Themenkomplex 4: Umwelt, Land-und Forstwirtschaft**

- Wir wollen Windkraft dort nutzen, wo sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist und der Schutz der Anwohner gewährleistet ist. Dazu wollen wir den Vorsorgeabstand zu Wohngebieten auf 1500 Meter erhöhen, die Verpachtung von Windkraftstandorten im Staatswald durch den Landesbetrieb ForstBW stoppen und das Planungsrecht ändern. Es muss in der Regionalplanung auch wieder möglich sein, Windkraft-Ausschlussgebiete auszuweisen.
- Wir wollen die von Grün-Rot einseitig auf Ökologie ausgerichteten Förderprogramme der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik umschichten, um den Landwirten mehr unternehmerische Selbstbestimmung zu ermöglichen.
- Wir wollen auch das bevormundende und eigentumsfeindliche grün-rote Jagdrecht wieder durch ein praxisnahes Jagdgesetz ablösen und den umstrittenen Nationalpark Schwarzwald umfassend überprüfen, seine Gebietsabgrenzung neu ordnen und die Personal- und Mittelausstattung auf ein vernünftiges Maß verringern.

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG  
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

**Themenkomplex 5: Migration und Flüchtlinge**

- Wir wollen über eine Bundesratsinitiative ein verlässliches und transparentes System der Zuwanderung schaffen, welches qualifizierten Bewerbern einen Anreiz gibt, in die Bundesrepublik einzuwandern. Die vorbehaltlose Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist eine unabdingbare Voraussetzung.
- Gleichzeitig wollen wir die Asylverfahren beschleunigen. Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass ein Verfahren in Anlehnung an das praktizierte Flughafenverfahren beschleunigt durchgeführt werden kann. Abgelehnte Asylbewerber wollen wir konsequent rückführen.
- Wir streben einen speziellen humanitären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge an. Kriegsflüchtlingen könnten dann schnell und unbürokratisch einen verlässlichen, zeitlich befristeten Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten. Als Ultima Ratio kann der Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge ausgesetzt werden.
- Wir wollen die Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und abgelehnte Asylbewerber wieder einführen. Außerdem zeitlich befristet für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge
- Wir wollen die Freizügigkeit im Schengen-Raum erhalten und die Außengrenzen der EU wirksam schützen und kontrollieren. Hierzu unterstützen wir den weiteren Aufbau einer in ihrem Einsatz von den Mitgliedstaaten unabhängigen, rechtsstaatlich und demokratisch kontrollierten Polizeieinheit mit exekutiven Befugnissen zum Schutz der EU-Außengrenzen in Weiterentwicklung von FRONTEX.

**Themenkomplex 6: Sozial- und Gesellschaftspolitik**

- Wir stehen für die Werte der Aufklärung. Wir werden diese Werte gegen religiösen Fanatismus und politischen Extremismus verteidigen. Keine Toleranz für Intoleranz.
- Wir wollen die Öffnung der zivilen Ehe für alle Paare. Wir stehen für eine freiheitliche und offene Gesellschaft, in der gleiche Rechte und gleiche Pflichten zusammengehören.
- Wir wollen keine Einführung des Betreuungsgelds auf Landesebene. Eine Zahlung an die Bürgerinnen und Bürger dafür, dass sie staatliche Leistungen nicht in Anspruch nehmen, ist nicht nachvollziehbar. Wir wollen Familien und Kinder dort fördern, wo Förderbedarf besteht.
- Wir wollen das Alkoholverkaufsverbot nach 22 Uhr abschaffen, denn polizeirechtliche Alkoholverbote sind kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr sind.
- Wir wollen an der freiberuflichen Tätigkeit als Leitbild der ambulanten Gesundheitsversorgung festhalten. Uns ist dabei die Sicherung der qualitativ hochwertigen ärztlichen Versorgung wichtig. Das Land trägt die Verantwortung für die Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser. Wir wollen dafür die Landeskrankenhausplanung aktiver gestalten.

FREIE DEMOKRATEN BADEN-WÜRTTEMBERG  
BESCHLUSS DES 114. LANDESPARTEITAGS AM 5. JANUAR 2016 IN FELLBACH

- Wir wollen Menschen mit Behinderungen unterstützen, ihr Leben ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention selbstbestimmt zu führen. Bausteine hierfür sind insbesondere Barrierefreiheit, Frühe Hilfen, den Ausbau betreuter Wohnformen oder auch Hilfen in Form des „Persönlichen Budgets“

- Wir wollen, dass die Kommunen eine größere Rolle bei der Quartiersentwicklung in der Pflege spielen. Das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz und die Heimbauverordnung müssen flexibler ausgestaltet werden. Wir setzen uns für bessere Berufsbedingungen im Pflegealltag ein. Statt Bürokratie setzen wir auf Innovationen wie beispielsweise Altersassistenzsysteme.

**Themenkomplex 7: Kultur und Ehrenamt**

- Wir wollen den Innovationsfonds Kunst evaluieren und seine Mittelvergabe durch eine unabhängige Jury auf eine qualitätsorientierte Grundlage stellen.

- Wir wollen mit einem Pakt für die Bühne den kleinen privaten und städtischen Theatern Planungssicherheit geben. Durch diese Verlässlichkeit sichern wir die Freiheit und Vielfalt im Kulturleben des Landes.

- Wir wollen das Musikland Baden-Württemberg durch Erhalt der fünf Musikhochschulen, eine stabile Förderung seiner bunten und stark ehrenamtlich geprägten Verbände und Vereine sowie eine umfassende Wertschätzung der Musikschulen und des Musikunterrichts stärken.

- Wir wollen die Verantwortung für die Kulturinfrastruktur des Landes bei Museen und Theatern wahrnehmen und mit den erforderlichen Investitionen den erstklassigen Ruf des Kulturlandes Baden-Württemberg sichern.

- Wir wollen einen Dialog mit den privaten Förderern und Ermöglicern von Kunst und Kultur wie Mäzenen und Galerien starten, um den Verfassungsauftrag zur Förderung des kulturellen Lebens umfassend wahrzunehmen.

- Wir wollen die bürokratischen Belastungen des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements reduzieren und die sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern.

- Wir wollen das Ehrenamt bei Justiz, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten weiter stärken. Nachwuchsgewinnung auch durch Integrationsangebote, innovative Alterssicherung und Investitionsmaßnahmen sind dabei unsere Schwerpunkte."